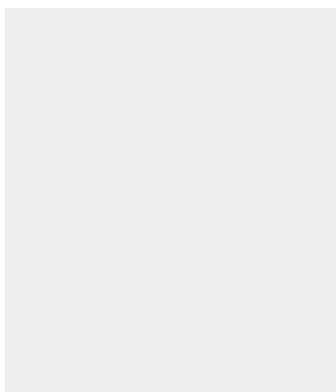


Schaar: "Jobbörse der BA muss sicherer werden"

Erst vor kurzem hatte es bei der [BA](#) einen schweren Fall von Datenmissbrauch gegeben. Die Behörde bestätigt einen Bericht der Frankfurter Rundschau, wonach eine Berliner Firma zum Schein etwa 2500 Stellenangebote in die Online-Datenbank der Jobbörse eingestellt hatte, um persönliche Daten von Bewerbern [zu sammeln](#). Die fingierten Angebote seien mittlerweile gelöscht worden, sagte eine BA-Sprecherin. Rechtliche Schritte werde die BA jedoch nicht einleiten, weil hierfür keine Handhabe bestehe.

"Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, dass die BA nach den aktuellen Missbrauchsfällen zugesagt hat, neue Arbeitgeber vor ihrer Registrierung in der Jobbörse zu überprüfen", sagte Schaar jetzt. Da die ebenfalls zugesagte spätere Überprüfung der 41.500 registrierten Arbeitgeber mehrere Monate in Anspruch nehme, bestehe aber weiterhin das Risiko, dass Arbeitssuchende auf unseriöse Angebote hereinfließen und vermeintlichen Arbeitgebern ihre Bewerbungsunterlagen zuleiten. Schaar: "Ich habe deshalb die BA aufgefordert, die noch nicht überprüften Arbeitgeber in der Jobbörse zu sperren. Dies hat die BA leider abgelehnt. Ich werde darauf hinwirken, dass die BA ihre Position revidiert."



Peter Schaar

Foto: Bund

Der Datenschützer, dem bereits mehrere Beschwerden Betroffener vorliegen, hat zudem angeregt, dass die BA alle bekannten Missbrauchsfälle der Jobbörse den Datenschutz-Aufsichtsbehörden anzeigt. Die Aufsichtsbehörden könnten so die Verwendung der vertraulichen Daten prüfen und ein Bußgeld verhängen. Zudem sollten die Kunden der Jobbörse über die Datenmissbrauchsfälle unterrichtet und gebeten werden, der BA Anhaltspunkte mitzuteilen, die auf einen Missbrauch hinweisen. Die BA hat zugesagt, diesen Forderungen zu entsprechen.

Schaar hat die BA nach eigenen Angaben bereits vor mehr als einem Jahr auf das Missbrauchsrisiko der Jobbörse hingewiesen. Entgegen seinem Rat wurden von der BA keine ausreichenden Vorkehrungen getroffen, um einen Missbrauch zu verhindern. Offensichtlich hätten erst die Datenmissbrauchsfälle und die damit verbundenen öffentlichen Diskussionen die BA zum Umsteuern veranlasst.